

Nachrichten

Mutmasslicher Terrorist bleibt in Haft

Bellinzona. Das Bundesstrafgericht hat die Beschwerde gegen die Verlängerung der Untersuchungshaft von einem der drei Iraker abgelehnt, der im März 2014 in der Schweiz festgenommen worden ist. Ihm wird Unterstützung und Beteiligung an der Terrororganisation Islamischer Staat (IS) vorgeworfen. Massgeblich seien die Ergebnisse der Auswertung verschiedener Facebook-Konten sowie der Skype-Telefonie. Der Inhaftierte hat sich immer wieder und intensiv über diese Kanäle mit einem führenden Kopf des IS ausgetauscht. SDA

Vaterschaftsurlaub von 20 Tagen verlangt

Bern. Für den Arbeitnehmer-Dachverband Travail.Suisse ist ein Vaterschaftsurlaub, der diesen Namen in seinen Augen verdient, in der Schweiz immer noch eine Ausnahme. Heute bekomme ein frischgebackener Vater in der Schweiz vom Gesetz gleich viel bezahlte freie Zeit wie bei einem Wohnungswechsel – nämlich einen Tag, kritisierten Vertreter von Travail.Suisse. Darum setzen sie sich für einen bezahlten und flexibel einziehbaren 20-tägigen Vaterschaftsurlaub ein. SDA

Akuter Mangel bei OP-Personal

Bern. 40 Prozent der Spitäler haben Probleme, genügend nicht-ärztliches OP-Personal zu finden. Bei 20 Prozent der Spitäler sind die Rekrutierungsschwierigkeiten akut. Dies zeigt eine Erhebung, die das genaue Ausmass des Fachkräftemangels im Operationsbereich erstmals beziffert. Der Fachkräftemarkt im OP-Bereich sei ausgetrocknet, unter den Spitalern gebe es einen «Krieg um Talente». SDA

Gegen mehr Geld für Jugend und Sport

Bern. Der Bundesrat will die Mittel für Jugend und Sport (J+S) im kommenden Jahr nicht aufstocken. Er beantragt dem Parlament, entsprechende Vorstösse abzulehnen. Zwei gleichlautende Motionen fordern, dass der J+S-Subventionskredit im Voranschlag 2016 um mindestens 15 Millionen Franken aufgestockt wird. Sie sind eine Reaktion auf die Ankündigung des Bundesamtes für Sport, per 1. August die J+S-Beiträge linear zu kürzen. SDA

Zusätzliche 1,1 Milliarden für Rüstung geplant

Bern. Die Pläne des Verteidigungsdepartements (VBS) für ein zusätzliches Rüstungsprogramm 2015 hat gestern der *Blick* veröffentlicht. So sollen unter anderem 500 Millionen Franken in den Werterhalt von 1900 Duro-Geländewagen gesteckt werden. Für die Funk- und Richtstrahlkommunikation will das VBS 400 Millionen Franken investieren. SDA

Bund soll Strafanzeige einreichen

Politiker sind entsetzt über den illegalen Fleischhandel mit gefälschten Schweizer Zertifikaten

Von Beni Gafner, Bern

«Ich bin sehr erstaunt, dass Unternehmen aus der EU offenbar Schweizer Zertifikate missbrauchen, um das Embargo Russlands zu umgehen. Das muss sofort untersucht und gestoppt werden.» So reagiert der Freiburger FDP-Nationalrat Jacques Bourgeois, der Direktor des Bauernverbandes, auf die BaZ-Berichterstattung von gestern. Von einem Betrugsfall, der sofort untersucht werden müsse, weil die «Swissness» betroffen sei, spricht auch SVP-Präsident und Milchbauer Toni Brunner.

Unbekannte aus EU-Ländern haben im laufenden und letzten Jahr unter falschen Angaben Fleisch nach Russland geliefert. Sie gaukelten mit gefälschten Zeugnissen vor, dass das Fleisch von Schweizer Herkunft sei. Dadurch konnten sie Russlands Sanktionen gegen gewisse EU-Produkte umgehen. 1800 Tonnen Schweinefleisch und Speck sind so 2014 und dieses Jahr nach Russland gelangt, wie Dokumente des russischen Landwirtschaftsministeriums zeigen. Die Dokumente liegen der BaZ vor. Sie liess diese ins Deutsche übersetzen.

Für SVP-Nationalrat Brunner und Bauernverbandsdirektor Bourgeois gehe es nicht an, dass die Schweizer Behörden nichts gegen die Zeugnisfälscher in der EU unternehmen. Aus einer Stellungnahme des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) auf Anfrage der BaZ ging zwar hervor, dass «die zuständige Stelle der EU-Kommission» informiert worden sei. Weitergehende Massnahmen zur Aufklärung des Falls ergriff die

Bundesverwaltung bisher aber nicht; auch hat der Bund keine Strafanzeige gegen unbekannt erhoben. «Die Schweiz muss aktive Schritte unternehmen, um den Fall aufzuklären», forderte gestern Bourgeois. «Sie muss jetzt umgehend auf die EU zugehen und herausfinden, wer, von wo aus und in welchem Ausmass Schweizer Herkunftsangaben und Zertifikate gefälscht hat.» Auf dem Spiel stünden Ruf und Image der Schweiz.

«Von grösstem Interesse»

Es sei bedenklich, dass die Schweizer Behörden bisher nichts von sich aus unternommen hätten in dieser Sache, so Brunner. Dies sei auch deshalb nicht hinzunehmen, weil es sich beim aufgedeckten Fall allenfalls nur um die Spitze des Eisbergs handeln könne. «Es ist für uns von grösstem Interesse herauszufinden, wer mit einem Missbrauch der Marke Schweiz illegale Geschäfte betreibt. Brunner: «Unsere Behörden, die bekanntlich auch nicht besonders zurückhaltend sind, wenn es um Kontrollen im Inland geht, müssen rasch aktiv werden.» Man werde in der kommenden Sommersession kontrollieren, ob und in welchem Ausmass die Behörden für die Aufklärung des Falls tätig wurden, kündigt Toni Brunner an.

Bourgeois verwies in diesem Zusammenhang auf eine Motion, die kürzlich vom Nationalrat überwiesen wurde und die nun noch vom Ständerat behandelt werden muss. Der Bauernverbandsdirektor fordert darin «schnellstmöglich eine Verordnung über die Zentralstelle zur Ermittlung von Zuwiderhandlungen» von Arti-



Fordert sofortige Aufklärung. Bauernverbandsdirektor und Nationalrat Jacques Bourgeois (FDP). Foto Keystone

kel 182 im Landwirtschaftsgesetz. Der Bundesrat hat diesen Artikel, mit dem die Betrugsbekämpfung im Lebensmittelbereich verbessert werden soll, seit Jahren nicht in einer Verordnung konkretisiert. Ziel Bourgeois' ist eine koordinierte Betrugsbekämpfung und zwar aufgrund der geltenden Bestimmungen im Zoll-, im Lebensmittel- und im Landwirtschaftsgesetz.

Die Stellungnahme des Bundesrats, weshalb Bourgeois' Motion abgelehnt werden soll, erscheint aufgrund des aktuellen Betrugsfalls in der EU besonders interessant. Der Bundesrat begründet diese Haltung mit verschiedenen Massnahmen, die er bereits getroffen habe. So verweist er auf ein Abkommen

zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Union zum Schutz der Ursprungsbezeichnungen und geografischen Angaben für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Lebensmittel, das am 1. Dezember 2011 in Kraft getreten sei. Darin verpflichten sich die Schweiz und die EU, ihre geschützten Ursprungsbezeichnungen und geschützten geografischen Angaben «gegenseitig anzuerkennen und sie gegen jegliche Anmassung, Nachahmung oder Anspielung zu schützen». Würde die Schweiz im vorliegenden Fall gefälschter Schweizer Zeugnisse bei der EU vorstellig, müsste diese also alleine schon aufgrund dieses Abkommens helfen, den Fall zu lösen.

Wo sind die Fälschungen?

Wie gestern berichtet, sind die Schweizer Behörden im Bilde darüber, dass Russland auf seinem Markt gefälschte Schweizer Zeugnisse für Fleisch aus der EU festgestellt hat. Das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) im Departement von Bundesrat Alain Berset (SP) sei von den russischen Behörden über die gefälschten Zeugnisse informiert worden, hiess es gestern.

Das BLV sei aber nicht im Besitz der gefälschten Originaldokumente. Demgegenüber gab das russische Veterinäramt an, der Schweiz 105 fragliche Zertifikate zur Prüfung geschickt zu haben. 90 davon hätten sich dabei als Fälschung erwiesen. Wo diese Zertifikate sind und wer in der Schweiz die Übersicht hat, konnte auch gestern nicht geklärt werden.

FDP will sich vor Wahlen wieder zusammenraufen

Präsidiale Kritik gegenüber Markwalder löst intern Irritation aus – nun übt sich die Partei in Schadensbegrenzung

Von Daniel Ballmer, Bern

Die Irritation war gross. Gerade bei den FDP-Frauen, die sich bisher vorbehaltlos hinter Christa Markwalder stellten. Der Berner FDP-Nationalrätin wird vorgeworfen, das Kommissionsgeheimnis verletzt zu haben, indem sie in der sogenannten Kasachstan-Affäre Informationen an Lobbyistin Marie-Louise Baumann weitergab. Gar von einer drohenden Anzeige wegen Spionage ist die Rede. Parteiintern weiter Öl ins Feuer gegossen hatte am Wochenende FDP-Präsident Philipp Müller. In verschiedenen Medien schien er sich deutlich von Markwalder zu distanzieren.

«Mein Job ist es, die Interessen der Partei zu vertreten und Schaden von ihr abzuwenden. Die FDP hat in dieser Affäre bereits Schaden genommen», sagte Müller. «Ich werde, um dieses Ziel zu erreichen, keine Rücksicht auf die Befindlichkeiten Einzelner nehmen.» Es gehe hier um «Verfehlungen zweier einzelner Personen», sprach er auch den St. Galler Nationalrat Walter Müller an,

der sich von Lobbyisten eine Reise nach Kasachstan bezahlen liess. Mit der Partei habe das alles nichts zu tun.

Besonders bei den FDP-Frauen kam diese Distanzierung gar nicht gut an. Etwa bei Claudine Esseiva, Ständeratskandidatin und Generalsekretärin der FDP-Frauen. Im *Sonntagsblick* sprach sie von einer «unsäglichen Geschichte, bei der eine junge Frau fertiggemacht wird».

Von Distanzierung distanziert

Via Facebook nimmt auch Carmen Walker Späh Parteikollegin Markwalder in Schutz. Die Frauen-Präsidentin und neu gewählte Zürcher Regierungsrätin betont, Markwalder sei getäuscht worden, dafür hingestanden und habe sich entschuldigt. «Es ist uns wichtig, zu unterstreichen, dass Christa dabei niemandem geschadet hat und auch keinen persönlichen Vorteil daraus gezogen hat – im Gegenteil!», betont Walker Späh. «Für uns ist das ein Sturm im Wasserglas. Die FDP-Frauen stehen zu hundert Prozent hinter Markwalder!»

Solche zusätzlichen Unruheherde innerhalb der FDP scheint Müller unbedingt verhindern zu wollen. Gerade vor den nationalen Wahlen im Herbst wollen die sich im Aufwind befindenden Freisinnigen weitere Negativschlagzeilen vermeiden. Noch am Sonntag übe sich der Parteipräsident daher in Schadensbegrenzung. Ebenfalls via Facebook versichert er, dass für Markwalder, wie in einem Rechtsstaat üblich, die Unschuldsvermutung gelte, bis das Büro des Nationalrats entschieden hat, ob eine Kommissionsgeheimnis-Verletzung vorliegt oder nicht. Und weiter: «Sollte der Eindruck entstanden sein, diese Unschuldsvermutung gelte plötzlich nicht mehr und Christa Markwalder sei von der Parteileitung vorzeitig fallen gelassen worden, ist das falsch.»

Mittlerweile sollen FDP-intern verschiedene klärende Gespräche stattgefunden haben. Parteipräsident Müller wollte sich gestern aber nicht mehr zu der Angelegenheit äussern. Auch Walker Späh sagt öffentlich nichts mehr dazu. Bei den FDP-Frauen aber scheint

der Ärger bereits wieder etwas ver Raucht zu sein. «Philipp Müller hat uns gegenüber entkräftet, dass er sich von Christa Markwalder distanzieren wolle», sagt Esseiva. Das Missverständnis sei damit geklärt. «Das ist eben manchmal wie in einer guten Ehe: Mal streitet man sich, dann versöhnt man sich wieder», kommentiert die Generalsekretärin der FDP-Frauen.

Markwalder fühlt sich getragen

Auch Markwalder selber wollte sich bisher nicht zu den Aussagen von FDP-Präsident Müller äussern. Dem Vernehmen nach aber hat sie nicht vor, klein beizugeben, und will sich weiterhin im Dezember der Wahl zur Nationalratspräsidentin stellen. Markwalder fühle sich nach wie vor von der Partei getragen und erhalte viel Unterstützung.

Vorher aber wird das Büro des Nationalrats auf Antrag von Markwalder selbst am 1. Juni darüber beraten, ob die FDP-Nationalrätin das Kommissionsgeheimnis verletzt habe und ob Sanktionen verhängt werden sollen.

ANZEIGE

Johann Baptist Dallinger von Dalling, Detail aus «Der Hof des Retstalgebäudes in Elgrub», 1819. © LIECHTENSTEIN. The Princely Collections, Vaduz-Vienna

Zeit, Vertrauen in Leistung umzusetzen.

Wenn Sie Ihre Anlageziele mit einem verlässlichen Partner an Ihrer Seite erreichen möchten. Nehmen Sie sich Zeit für eine umfassende Beratung: LGT Bank (Schweiz) AG, Telefon 061 277 56 00

LGT. Ihr Partner für Generationen. In Basel, Bern, Genf, Lugano, Zürich und an mehr als 15 weiteren Standorten weltweit. www.lgt.ch

